



Neue S-Bahn-Haltestelle wird konkreter

Entwicklung im Gebiet Thun-Nord Der Thuner Stadtrat befindet über einen 1,69-Millionen-Kredit für die Entwicklung des Stadtteils Thun-Nord – dort soll es auch eine neue S-Bahn-Haltestelle geben.



Im Bereich in der Bildmitte (links neben der Alpenbrücke des Bypasses Thun-Nord) soll die neue S-Bahn-Haltestelle der Aare- und Gürbetal-Linie zu stehen kommen. Foto: Christoph Gerber

Die Stadt Thun will das Militär- und Industrieareal zwischen Innenstadt und Lerchenfeld an der Bahnlinie Thun-Bern entwickeln – und zwar zusammen mit der Grundeigentümerschaft. Diese setzt sich je rund zur Hälfte aus dem eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) sowie der Ruag Real Estate AG zusammen, wie die Stadt mitteilt. **Für zivile Nutzungen öffnen**

VBS und Ruag öffnen Teile des bisher geschlossenen Areals für zivile Nutzungen. Dies schafft Raum für neue Betriebe und erfordert eine neue, öffentliche Erschliessungsinfrastruktur, ist der Medienmitteilung der Stadt zu entnehmen. Daher startet die Stadt Thun gemeinsam mit der Grundeigentümerschaft eine Masterplanung: «Im Zentrum

stehen die Arealentwicklungen, allen voran das Haltestellenumfeld im Kern des Areals.»

Im Sommer 2019 hat der Nationalrat die S-Bahn-Haltestelle Thun-Nord in den nächsten Ausbauschritt der Bahninfrastruktur aufgenommen. Entstehen soll eine Verkehrsdrehscheibe, die auch den Bahnhof Thun entlastet, zusammen mit der geplanten tangentialen Buslinie, die von Steffisburg über die neue Bahnhaltestelle Thun-Nord weiter in den Südwesten von Thun verkehren wird. «Damit eine effiziente Verkehrsdrehscheibe entsteht, muss die Bahnhaltestelle in das Areal eingebettet und ans umliegende Verkehrsnetz angebunden werden», führt die Stadt aus.

BLS für Planung zuständig

In einem ersten Schritt soll unter der Leitung der Stadt Thun für

den Kernbereich rund um die Haltestelle ein qualitätssicherndes Verfahren durchgeführt werden, wie diese schreibt. Dieses Verfahren «bildet die Basis für die weitere Entwicklung der einzelnen Areale und die Planung der Infrastruktur». Für die Planung der Haltestelle sei die Bahnbetreiberin BLS im Auftrag des Bundesamtes für Verkehr (BAV) zuständig, hält die Stadt Thun fest.

Wie sieht es mit der Aufteilung der Kosten aus? Die Grundeigentümerschaft trägt die Hälfte davon für die gemeinsame Masterplanung samt qualitätssicherndem Verfahren für den Kernbereich des Entwicklungsschwerpunkts (ESP). Zu diesem prioritären ESP des Kantons zählt das Areal als wichtiger Wirtschaftsstandort im Berner Oberland.

Die Kosten für die Infrastrukturplanung übernimmt gemäss Mitteilung die Stadt. Für die Masterplanung sowie die Planung und Koordination der Entwicklung und der Infrastruktur beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat einen Verpflichtungskredit von insgesamt 1,69 Millionen Franken.

Das Parlament befindet am 4. Juli über das Geschäft. Falls der Stadtrat den Kredit bewilligt, startet diesen Herbst das Qualitätsverfahren. Ziel ist es laut der Meldung der Stadt, die Haltestelle ab 2033 in Betrieb zu nehmen. (PD)